

Deckblatt

Drucksachennummer:

0101/2015

Teil 1 Seite 1

Datum:

26.01.2015

ANFRAGE GEMÄSS § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Fraktion/en:

Einzelmitglied im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage des Einzelvertreters Wolfgang Schulz
hier: Ghettoisierung und Parallelgesellschaften durch Einwanderung

Beratungsfolge:

ANFRAGETEXT

Teil 2 Seite 1

Drucksachennummer:

0101/2015

Datum:

26.01.2015

Kurzfassung

siehe Anlage

Begründung

entfällt

BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW
Wolfgang Schulz, Ewaldstr. 7, 58089 Hagen 26.01.2015
Telefon: Mobil 0171 191 4752

Betr.: Anfrage §5Abs./1 gemäß der Geschäftsordnung des Rates
zur nächsten Ratssitzung.
Ghettoisierung und Parallelgesellschaften durch Einwanderung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

In der letzten Ratssitzung war seitens der Verwaltung zu hören, dass Asylanten verstärkt in Wohnungen untergebracht werden sollen. Asylanten werden da untergebracht, wo die Mieten und Grundstücke billig sind.

Das heißt: „Also ausschließlich wo die sogenannten einfachen Leute wohnen, findet die Einwanderung statt. Ich sehe hier ein ganz großes Problem, denn diese Stadtteile sind schon mit Ausländer stark belastet. In den Schulen ist der Ausländeranteil teilweise bei 60 Prozent oder sogar noch höher. Der Ausländeranteil wird durch die Einwanderung von Asylbewerbern in diese Stadtteile noch dramatisch ansteigen mit allen negativen Folgen.“

Ich kann die SPD nur eindringlich warnen, denn in diesen Stadtteilen bekommt sie bei der Wahl immer die meisten Stimmen. (Wenn die Leute sauer werden, könnte der Schuss auch mal nach hinten gehen).

Die Demonstration in Dresden mit immer steigenden Teilnehmern zeigt, dass das Volk langsam die Nase voll hat. Innenminister Jäger lässt es sich nicht nehmen, alle Bürger die auf die Straße gehen und mit Pegida und PRO NRW demonstrieren, als Nazis zu beschimpfen. Innenminister Jäger sollte doch beweisen, dass er es mit den Flüchtlingen gut meint, in dem er sich dafür einsetzt, dass Flüchtlingsheime auch da entstehen, wo er wohnt. Hier muss die Lösung heißen: „Taten statt Worte!“ Das Kapital schreit laut nach ausländischen Arbeitskräften die dringend in der heimischen Wirtschaft benötigt werden. Genau dasselbe Kapital spekuliert gegen Ausländer, denn wo diese ausländischen Einwanderer hinziehen, fallen die Grundstückspreise und Immobilienwerte. (Eigenartigerweise ist das nicht ausländerfeindlich).

Deshalb stelle ich folgende Fragen:

- 1.) Was will die Verwaltung unternehmen, dass es in den Stadtteilen, die mit stark einwandernden Flüchtlingen belastet werden, keine Ghettoisierung und Parallelgesellschaften stattfinden?
- 2.) Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um in diesen Stadtteilen Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten?
- 3.) Wie hoch sind die Mehrkosten, wenn Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden?
- 4.) Wie viele Wohnungen sind in Hagen schon mit Asylbewerbern belegt?
Mit freundlichen Grüßen
PRO NRW Ratsmitglied Wolfgang Schulz

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

55

Betreff: Drucksachennummer: 0101/2015

Anfrage der BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW

Ghettoisierung und Parallelgesellschaften durch Einwanderung

Beratungsfolge:

RAT



Bezugnehmend auf die den Fragen vorgestellten Ausführungen wird im folgenden Stellung genommen:

Wegen der fehlenden Wohnsitznahme von Herrn Innenminister Jäger in Hagen, kann von hier kein Einfluss auf die Einrichtung eines Flüchtlingsheims in der Nähe zu seinem Wohnort genommen werden.

- 1. Was will die Verwaltung unternehmen, dass es in den Stadtteilen , die mit stark einwandernden Flüchtlingen belastet werden, keine Ghettoisierung und Parallelgesellschaften stattfinden?**

Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt dezentral in Übergangsheimen und Übergangswohnungen die sich gestreut auf das Hagener Stadtgebiet verteilen. Die Vermeidung von Konzentrationen ist bisher schon ein Hauptkriterium bei der Auswahl der neu zu akquirierenden Unterkünfte.

- 2. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um in diesen Stadtteilen Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten?**

Es liegen keine Erkenntnisse vor, die Maßnahmen über das bestehende Maß hinaus erforderlich machen, Recht und Ordnung in den Stadtteilen sicherzustellen.

- 3. Wie hoch sind die Mehrkosten, wenn Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden?**

Die Nettomietkosten pro m² für die Übergangsheime sind vergleichbar mit den Mietkosten der Übergangswohnungen. Hier kann kein signifikanter Kostenunterschied festgestellt werden. Da erst seit kürzerer Zeit Wohnungen für die Unterbringung von Asylsuchenden genutzt werden, können noch keine Aussagen über den Aufwand der laufenden Bauunterhaltung getroffen werden.

Ein deutlich erhöhter Aufwand wird aber bei der sozialen Betreuung und Begleitung entstehen, da diese als aufsuchende Hilfe zu organisieren ist. Es wird angestrebt durch bürgerschaftliches Engagement diesen Betreuungsmehraufwand zu kompensieren.

- 4. Wie viele Wohnungen sind in Hagen schon mit Asylbewerbern belegt?**

Zum Stichtag, 04.02.2015 sind 38 angemietete bzw. im Eigentum der Stadt Hagen befindliche Wohnungen mit Asylsuchenden belegt.